



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 3

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Cilms-Groth-Str. 1. Fernsp. Nordsee, 9246.

Hamburg, den 17. Januar 1920

Anzeigen kosten die sechsgeheilene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsangelegenheiten kosten 25 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Zum Ablauf des Reichstarifvertrages und für weitere Teuerungszulagen.

Nach siebenjährigem Bestand endet am 15. Februar der nach der großen Ausperrung im Malergewerbe 1913 abgeschlossene Tarifvertrag. Diesem vorausgegangen war der erste Reichstarifvertrag vom Jahre 1910 und der 1908 vereinbarte Normaltarif, der nur bis damals neu abgeschlossenen tariflichen Tarife umfasste und im übrigen einen einheitlichen Ablaufstermin für alle diese und die noch laufenden Tarife enthielt.

Der jetzige Reichstarifvertrag hätte eigentlich schon 1918 erneuert werden müssen. Es fanden darüber auch Verhandlungen, oftmals im Reichsarbeitsministerium (damals noch Reichsamt des Innern), statt. Der Kriegszustand gebot uns indes, den Vertrag zunächst auf weitere 3 Jahre zu verlängern. Ende 1918 ging dann wohl der eigentliche Krieg zu Ende, doch zeigte sich die Zukunft unseres Wirtschaftslebens und unseres Gewerbes noch so unbestimmt, daß wir es für ratsam hielten, die Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag um noch 1 Jahr, also bis 15. Februar 1920, zu verlängern.

Unsere Generalversammlungen von 1916 und 1919 stimmten diesen Maßnahmen zu und beauftragten den Vorstand, alle notwendigen Schritte für die Erneuerung des Reichstarifvertrages im Frühjahr 1920 einzuleiten.

Wir berichteten in Nr. 1 des „Verbands-Anzeiger“, daß sich unser Vorkomitee mit einer Vorlage des Verbandsvorstandes zu einem neuen Vertrage beschäftigt und beschlossen hat, den durchberatenden Entwurf den Filialen zur Beurteilung zu unterbreiten und von diesen eingehende Änderungsvorschläge nach Möglichkeit in diesen noch mit aufzunehmen oder der Verhandlungskommission als Material zu übergeben. Inzwischen ist dann auch mit den übrigen Gehilfenorganisationen beraten worden. Einige von diesen geäußerte Wünsche wurden ebenfalls berücksichtigt, so daß der Vertragsentwurf dann als gemeinsame Vorlage aller beteiligten Gehilfenorganisationen gelten kann.

Matürlich muß nach den inzwischen wieder erneut eingetretenen Steigerungen der Preise für den Lebensunterhalt, die bereits einen Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft zeltigten, nach dem vor allem die Verteuerung des Brotes und der Kartoffeln durch eine besondere, außer tarifliche Zulage ausgeglichen werden soll, auch für unsere Kollegen über eine weitere Lohnerhöhung gleichzeitig mitberaten werden.

Ueber die zur Herbeiführung der nach all dem erforderlichen Verhandlungen unternommenen Schritte unterrichtet folgenbes unter dem 8. Januar an den Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe gerichtete Schreiben:

Durch den Ablauf des Reichstarifvertrages im Malergewerbe am 15. Februar dieses Jahres sind die daran beteiligten Verbände gezwungen, vor diesem Zeitpunkt in Verhandlungen einzutreten. Da der jetzt geltende Vertrag — abgesehen von dem im Januar 1919 vorgenommenen Abänderung der Arbeitszeit — seit annähernd 7 Jahren besteht, in dieser Zeit aber große Wandlungen auf allen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten vorgekommen sind und hierdurch auch die Anschauungen über die Formen, in denen sich in Zukunft zum Nutzen des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und unseres Staatswesens die Zusammenarbeit der sich gegenüberstehenden Interessengruppen innerhalb der beruflichen Gemeinschaften vollziehen muß, stark verändert haben, so ist es wohl selbstverständlich, daß auch an unserm Tarifvertrage gewisse Abänderungen vorgenommen werden müssen. Es kommt hinzu, daß uns hierzu auch inzwischen geschaffene Gesetze und Regierungsverordnungen zwingen.

Sollen die erforderlichen Verhandlungen bis zum 15. Februar 1920 beendet sein, so müßten sie wohl spätestens in den letzten Tagen des Januar oder in den ersten Tagen des Februar stattfinden. Wir werden Ihnen zu diesem Zwecke die Vorschläge der Gehilfenorganisationen bis ungefähr 17. Januar 1920 zustellen können.

In den letzten Wochen ist uns leider wieder eine so bedeutende Verteuerung der wichtigsten Bedarfsartikel gerade für die minderbemittelten Volksschichten eingetreten, daß wir gleichzeitig auch Verhandlungen über eine weitere Lohnerhöhung beantragen müssen. Die Verteuerung unter anderem des Brotes, der Kartoffeln, des Heizmaterials, aller Verbrauchsgüter, der Wohnungsmieten usw. usw. ist

so erheblich, daß uns fortgesetzt aus allen Teilen des Reiches zahlreiche Anträge auf eine neue zentral zu vereinbarende Teuerungszulage zugehen, zumal Ihre Herren Kollegen an den einzelnen Orten immer wieder darauf verweisen, daß nur durch eine zentrale Vereinbarung den drückend herantretenden Wünschen nachgekommen werden kann.

Außerdem wird Ihnen bekannt sein, daß die Arbeitgeber unter andern dem Baugewerbe die neuerdings ganz außergewöhnlich stark auftretende Teuerung und die darum notwendige Erhöhung der Löhne unumwunden zugegeben und eine größere Zulage bestimmt in Aussicht gestellt haben, worauf bereits seit 11. Dezember allgemein als Abschlag 10 pSt. der jetzt geltenden Löhne, also ungefähr 25 bis 35 %, gewährt werden.

Wir erlauben uns zu erlauben, daß Sie Ihren Bau- und Ortsverbänden unsern Antrag zur Kenntnis bringen. Bestimmen, in Riffen ausgedrückte Vorschläge über die Höhe der erforderlichen weiteren Zulagen zu machen, halten wir zurzeit für ganz unmöglich, denn diese würden wahrscheinlich in kürzester Zeit schon wieder durch die andauernde Teuerung überholt sein. Es dürfte wohl genügen, wenn Ihre Herren Kollegen bereits jetzt schon mit einer in Rätze notwendigen wesentlichen Erhöhung der jetzt geltenden Löhne bei Ihren Kalkulationen rechnen, und wenn wir uns über die Höhe der Zulage selbst bei den Verhandlungen nach Lage der dann bestehenden Verhältnisse zu verständigen suchen.

Mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler ist 1918 und mit dem Westdeutschen Malermalerverband 1916 ein besonderer Tarif abgeschlossen worden. Beide Verträge sind wesentlich kürzer gefaßt als der Reichstarifvertrag, bedecken sich aber in den Hauptpunkten mit diesem und laufen auch mit ihm zusammen ab. Darum sind gleichzeitig an die beiden genannten Verbände im Wortlaut fast übereinstimmende Schreiben und die Anfrage abgefaßt worden, ob man sich an den allgemeinen Verhandlungen mitbeteiligen oder mit den Gehilfenorganisationen gesondert beraten wolle.

Ferner wurde das Reichsarbeitsministerium von der Sachlage unterrichtet und gebeten, „um das Zustandekommen eines weiteren Tarifverhältnisses im Malergewerbe und von den Teuerungsvorhältnissen entsprechenden Lohnzulagen für die beteiligten Arbeiter beizuhelfen und alsbald die erforderlichen Verhandlungen festzusetzen“.

Inzwischen sind von unserm Verbandsvorstande persönliche Besprechungen herbeigeführt und dadurch zunächst die Lage vom 5. bis 7. Februar für die erforderlichen Verhandlungen in Aussicht genommen worden.

Wir werden die Kollegen von dem weiteren Verlauf der Angelegenheit durch den „Verbands-Anzeiger“ unterrichten.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Die Genossen **W a c h s** und **S i b e r s c h m i d t** vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes haben kürzlich in Paris mit Vertretern des französischen Bauarbeiterverbandes über die Arbeitsbedingungen deutscher Bauarbeiter im Wiederaufbaugelände Verhandlungen gepflogen. Das Ergebnis dieser Beratungen bringen wir hiermit zur Kenntnis unserer Kollegen. Die beiderseitigen Verbände machen ihren Regierungen folgenden

Vertragsvorschlag

über die von der deutschen Regierung beim Wiederaufbau in Nordfrankreich beschäftigten deutschen Bauarbeiter.

Die Organisationen der Bauarbeiter Deutschlands und Frankreichs sind sich einig, die Beschäftigung der deutschen Bauarbeiter beim Wiederaufbau Nordfrankreichs nur zu folgenden Bedingungen zu empfehlen:

1. Die deutschen Bauarbeiter dürfen nur bei solchen Wiederaufbauarbeiten beschäftigt werden, die von der deutschen Regierung übernommen sind und nach den Wünschen der französischen Regierung und unter deren Kontrolle nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt werden.

2. Diesen Arbeitern müssen die moralischen, materiellen, sozialen und hygienischen Bedingungen, die in keinem Falle schlechter sein dürfen als die der französischen Arbeiter, die in denselben Gebieten beschäftigt sind, sichergestellt werden.

3. Die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter werden mindestens dem Normaltarif entsprechend entlohnt werden, der in dem Gebiete üblich ist und von gemischten Kommissionen, die von den Präsektoren der betreffenden Departements gebildet werden, aufgestellt sind. Aus Rücksicht auf die Schwankungen des Wechselkurses soll der Lohn der beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter in seiner Kaufkraft und Verbrauchsfähigkeit immer dem Lohne der französischen Arbeiter entsprechen.

4. Vor der Inangriffnahme der Wiederaufbauarbeiten muß die deutsche Regierung sich mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen über diese Bedingungen wie über die Form der Arbeitsausführung ins Einvernehmen setzen. Die Organisationen der deutschen Bauarbeiter werden sich Abkommen unterzeichnen, ohne vorher dessen Text der französischen Organisation mitzuteilen und von dieser ein Gutachten erhalten zu haben.

5. Die Arbeitszeit wird höchstens 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich betragen. Dringende Notstandsarbeiten bei Unfällen oder andern zwingenden Ursachen müssen bestimmt begrenzt sein.

6. Alle Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von den französischen Bauarbeitern Nordfrankreichs erreicht werden, sollen auf die in dem gleichen Gebiete beschäftigten deutschen Arbeiter ausgedehnt werden. In dem Tarifvertrag, der von der deutschen Gewerkschaftsorganisation mit der deutschen Regierung abgeschlossen werden wird und der in die Submissionsbedingungen aufgenommen werden muß, soll eine Klausel diese Eventualität versehen. Im Hinblick auf den Submissionsbedingungen, der den Lohnstarif und die Arbeitsbedingungen enthält, wird stets in beiden Sprachen auf den Arbeitsplätzen angeschlagen sein.

7. Die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter sollen im Genuß des französischen Gewerkschaftsrechtes sein. Sie werden weiter den deutschen Gewerkschaften angehören. Unter den Schutz der französischen Organisation gleichfalls gestellt, sollen sie dieser angehören und werden innerhalb der französischen Syndikate besondere autonome Sektionen bilden, ohne dadurch aufzuheben, ihre in den deutschen Organisationen erworbenen Mitgliedsrechte zu verlieren. Keine befürchtliche Verwaltungsmaßregel, die die Mitglieder betrifft, kann gegen über diesen Arbeitern wegen der legalen Ausübung der Gewerkschaftsrechte getroffen werden.

8. Die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter werden freien schriftlichen, telephonischen und telegraphischen Verkehr mit der Heimat haben, sowohl mit ihren Familien wie auch mit den Arbeiterorganisationen, der Presse und den Behörden.

9. Die deutschen Organisationen können in den Gebieten, in denen deutsche Arbeiter beim Wiederaufbau beschäftigt sind, Zweigvereine und Beratungsstellen einrichten. Sie können Vertrauensleute bestimmen, die das Überwachungsrecht über die Durchführung des Tarifvertrages und die sozialen Einrichtungen haben. Diese Delegierten werden die Verbindung mit den französischen Organisationen aufrecht erhalten. Sie sollen Streitigkeiten über den Tarifvertrag untersuchen und versuchen, die Streitigkeiten zu schlichten.

10. Die Gewerkschaftsorganisation der französischen Bauarbeiter wird ihrerseits Delegierte für den Wiederaufbau bestimmen, die sich mit den deutschen Delegierten in Verbindung halten werden. Die Delegierten der deutschen und französischen Gewerkschaftsorganisationen werden jederzeit, bei Tag und bei Nacht Zutritt haben zu den Arbeitsplätzen und den Lokalen, die zu jeder Art Benutzung der beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter dienen, um sich von den Bedingungen über Kost und Logis, der Hygiene, der Arbeit, der Sicherheit auf den Arbeitsplätzen, wie von allen moralischen und materiellen Bedingungen zu überzeugen.

11. Die deutsche obligatorische Krankenversicherung, die Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, die Angestelltenversicherung werden, nach einem Abkommen zwischen beiden Regierungen, auf die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter und Angestellten vom Tage der Abreise aus der Heimat bis zum Tage der Rückkehr angewendet.

12. Die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter werden keinerlei Zwangsarbeit unterworfen sein. Sie werden völlig frei sein und alle Rechte der persönlichen Sicherheit und Freiheit eines Bürgers der deutschen Republik genießen. Sie werden sich innerhalb eines bestimmten Umkreises um ihren Arbeitsplatz frei bewegen können. Die Wohnungen und Lokale, die den Arbeitern zur Benutzung zur Verfügung gestellt werden, sollen in der Nähe der Arbeitsplätze gelegen sein. Wenn dies nicht der Fall ist, soll ein besonderer Auto- oder Eisenbahndienst organisiert werden.

13. Die beim Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter werden jederzeit das Recht haben, nach einer kurzen festgesetzten Kündigungsfrist in ihre Heimat zurückzukehren. Die Ein- und Ausreisepapiere werden möglichst vereinfacht werden.

Um Irrtümer bei deutschen Arbeitern zu vermeiden, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß es sich nur um einen **F o r s c h** Lag der beiden Arbeiterorganisationen handelt. Ob sie die Bestimmungen der beiderseitigen Regierungen erlangen, wird die nächste Zeit lehren. Wir vermuten, daß etwaige Widerstände in der Hauptsache bei der französischen Regierung bemerkbar sein werden; denn diese hat bereits mit Regierungen von sogenannten alliierten Staaten über Lieferung von Arbeitern verhandelt und dabei unter andern in dem Vertrage mit der polnischen Regierung festgelegt, daß bessere Vertragsbedingungen mit andern Ländern als Polen, die nachträglich vereinbart werden, auch für die polnischen Arbeiter gelten

... Man sind aber die für die politischen Arbeiter ge-
worfenen Abmachungen bedeutend schlechter als die von unsern
französischen Kollegen und uns vorgeschlagenen.

Sozialist sein!

Sie verlangen von mir, daß ich näher erkläre, was unter
dem Ausdruck zu verstehen ist, Sozialist sein. Kein einzelner
hat indessen ein Recht dazu, im Namen des Sozialismus zu
reden und deshalb kann ich nur sagen, was ich und viele
andere über die mir gestellte Frage denken.

Sozialist sein, das heißt zunächst, daß ich jedem
menschlichen Wesen das Recht einräume, das ich für mich
beanspruche, nach Glück zu streben und in den Besitz aller der
Wüter zu gelangen, die das Dasein schenken kann. Das heißt
in Uebereinstimmung mit dieser Grundregel, die auch die der
Demokratie ist, als Regel eine volle Gleichstellung zwischen
meinen Interessen und denen anderer anerkennen, einen Zu-
stand schaffen, in dem Platz zur Entwicklung für Neigung
und Anlage eines jeden vorhanden ist.

Sozialist sein, heißt für die Abschaffung aller Vor-
rechte wirken und Freiheit auf dem ökonomischen und poli-
tischen Gebiet einfließen, dahin streben, daß die alte, verhasste
Grenze zwischen arm und reich, Untergebenen und Herren
aufgehoben wird, so daß es nur eine Klasse gibt, die sowohl
die Macht als auch die Möglichkeit hat, zu arbeiten, und die
niemand andern für sich arbeiten lassen und Gewinn daraus
ziehen kann.

Sozialist sein, heißt keineswegs bloß den Triumph
einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des
Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für
eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch
verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken
sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes wie für die
verschiedenen Nationen. Frieden soll an die Stelle des Krieges
treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle
streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen
an die Stelle der Rivalität, der Selbstsucht.

Sozialist sein, heißt die Bedeutung der Organi-
sation für die Menschheit selbst wie für die Gesellschaft
verstehen, daß, wenn wirkliches Eigentum eine Grundlage
und eine Sicherung für jedes Einzelwesen bedeutet, nur noch
der Weg offen steht, jeden einzelnen zum Eigentumsbesitzer
zu machen und ihm seinen Reichtum zu sichern, indem man
den gemeinsamen Reichtum schafft. Jeder einzelne Gesellschafts-
bürger muß in Zukunft als Mitbesitzer eines großen Ver-
eins betrachtet werden, in dem sein Beitrag sein guter Wille,
seine Fähigkeit, seine Anstrengung ist und welchen Vereins
Gesamtgewinn nach gerechten Grundsätzen auf die einzelnen
verteilt wird, die bemüht waren, ihn zu schaffen.

Sozialist sein, das heißt verlangen, daß die Freiheit
durch die Organisation mehr und mehr zur Wirklichkeit wer-
den soll, die Freiheit, die allen gleichen Zutritt zur Bildung
und zu einer Lebensstellung gibt, eine Organisation, die im
privaten wie im öffentlichen Leben der Eigentumsbesitzenden
Herrschgewalt gegenüber den Eigentumslosen ein Ende macht,
die die Macht von Menschen über Menschen verringert und
die uns zu einem Zustand führt, in dem jeder das tun muß,
ohne andere Herren als Gewissen und Vernunft.

Sozialist sein, das heißt daran glauben, daß dieses
große Umbildungswerk hier auf Erden durchgeführt werden
kann, daß es im Einklang steht mit dem Streben jedes edlen
Herzens und der gesunden Vernunft und daß es übereinstimmt
mit den Ergebnissen der Wissenschaft sowie mit der Richtung
der geschichtlichen Entwicklung.

Über der ist kein Sozialist, der bei einem stillen
Zugehändnis, einer stillen Hoffnung, einem trägen und toten
Glauben stehen bleibt. Der Sozialist ist zu erkennen am Wort
und an der Tat, er arbeitet ohne Furcht, ohne Schwanken
daran, alle großen Fragen der Zeit umzugestalten, unsere
Gewohnheiten und Bräuche, die Gedanken und Einrichtungen,
die Moral und die Kunst, die Familie und die Werkstatt.

Mit einem Wort: Sozialist sein, das heißt
arbeiten für eine Welt, die angepaßt ist der neuen Ordnung
der Produktion und den Gleichheitsgrundsätzen der Demo-
kratie, für eine Welt, die niemals vollkommen und fertig wird,
sondern immer noch Platz für etwas Besseres hat. Eine
Welt, in der man sagen kann, daß die Freiheit und die
Solidarität sich frei entwickeln können, daß Reichtum der
Gesamtheit und Gewinn des einzelnen, daß Licht und die
Moralität, die Gerechtigkeit und das Glück für jeden Menschen
vorhanden sind.

Es ist die Pflicht eines jeden Menschen, von dem Augen-
blick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils
erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern,
weil die ganze soziale Existenz, die ganze soziale Entwicklung
der einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und
Zuständen abhängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen
sind, als von seinem eigenen Wissen und eigener Tüchtigkeit,
eigenem Können.

Bebeil

Zentralverband der Maler und Gipser der Schweiz.

Zu nächstehendem veröffentlichen wir gleich den andern
Zentralverbänden der Maler-Internationale einen Bericht
über die Organisationsverhältnisse in unserm Verband. In
diesem Zusammenhang nehmen wir auch Bezug auf die Frage
der 48-Stunden-Woche, die Konjunktur im allgemeinen und
die Wirtschaftslage.

Organisationsmäßig hat sich unser Verband gut entwickelt.
Heute zählen wir zirka 2500 Vollmitglieder, gegenüber rund
2000 am Ende des Vorjahres. Die Steigerung ist nur mäßig,
samt nicht nennenswert im Vergleich zu der des deutschen
Bruderverbandes. Über unsere Entwicklung richtet sich nach
den Möglichkeiten des Landes und wird angeichts dieses
Umstandes, wenn auch mäßig, so doch stets fortchreitend vor-
sich gehen. Und das ist wohl die Hauptsache. Daß unser
Verband nicht außerordentliche Steigerungsziffern zu buchen
hat, liegt in verschiedenen Ursachen begründet. Vor dem
Kriege, in den Jahren der guten Konjunktur, betrug der
Prozentsatz der Kollegen ausländischer Nationalität rund 60,
heute ist er auf 36 pZt. gesunken. Diese Tatsache ist einmal
in der großen Abwanderung des Jahres 1914 zu suchen,

dann haben wir es glücklicherweise so weit gebracht, daß nur noch
schwerere Ausländer in die Schweiz gelassen werden, für
gewöhnliche Menschen, wie Maler, Gipser und andere Arbeiter,
sind die Tore der „freien“ Schweiz noch für längere Zeit
geschlossen. Diese Tatsache ist für uns Arbeiter in der Schweiz
bedauerlich; aber wir können diese „vorsorgliche“ Maßnahme
der bürgerlichen Landesregierung nicht ohne weiteres befechtigen.
Ein anderer Umstand ist in diesem Zusammenhang die
Unmöglichkeit in der Baubranche. Hier wäre Arbeit in Fülle
und Fülle vorhanden; aber das Bauen ist wie anderorts sehr
teuer geworden, die Steigerung der Erstellungskosten beträgt
heute durchschnittlich 150 pZt., so daß der Häuferspekulant sich
lieber auf besser rentierende Geschäfte wendet, die durchweg
herrschende Wohnungsnot reizt nicht zur Abhilfe. Die hier
entstehenden Konsequenzen können noch ganz bedenklicher Natur
werden.

Weglich der Stundenlohnzahlung im Maler- und Gipser-
beruf ist, wie allwärts, eine Steigerung vor sich gegangen,
die aber nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht.
In den Städten werden jetzt Stundenlöhne von Fr. 1.80 bis
Fr. 2 für Maler und Fr. 1.70 bis Fr. 2,10 für Gipser gezahlt.
Orte mit nicht ausgesprochenen ganz teuren Lebensbedingungen
verzeichnen Stundenlöhne von Fr. 1.20 bis Fr. 1.50 für Maler
und Fr. 1,80 bis Fr. 1,80 für Gipser. Mit wenig Ausnahmen
ist das Arbeitsverhältnis in brüchlichen Tarifverträgen geregelt;
dieselben waren bisher mit nur einjähriger Dauer, so daß für
nächstes Frühjahr eine allgemeine Erneuerung erfolgen muß.

Der Kampf für die 48-Stunden-Woche im Gewerbe erfordert
noch sehr viele Anstrengungen, bis sie allgemein durchgeführt
ist. Das Ausland ist der Schweiz in dieser Beziehung voran;
dort waren die Landesregierungen so einschichtig, gesetzliche
Bestimmungen hierfür zu treffen. Nur in der ältesten Demo-
kratie der Welt scheint dies von Uebel zu sein; momentan
wird an einem Gesetz für die 48 Stunden im Gewerbe
herumlaboriert, das uns die Wohlfahrt dieser zeitgemäßen
Arbeitsverteilung bringen soll. Reaktionäre Mächte schmieden
aber ihre gegenteiligen Pläne. Der Arbeiter in der Schweiz
soll nach dem Willen dieser Herrschaften nach wie vor recht
lange und äusserst unangenehm ausgebeutet werden. In unsern
Berufen haben wir 1919 den Kampf für die 48-Stunden-
Woche aufgenommen; das Resultat war deren vertragliche
Einführung für die Städte Zürich, Winterthur, St. Gallen,
Schaffhausen, Basel, Thun und Davos. In Zürich arbeiten
die Gipser nur 45 Stunden pro Woche. In andere Orte haben
50 bis 55 Stunden, noch ganz wenige über 55 Stunden. Der
Kampf für die 48-Stunden-Woche wird also noch einen weiten
Kampfboden finden; dafür sorgen unsere Arbeitgeber, die
es nicht lassen können, daß auch der Maler und Gipser dieser
Arbeitszeit teilhaftig werden will. Das Rad der Zeit dreht
aber der schweizerische Maler- oder Gipsermeister nicht rückwärts;
dafür sprechen die politischen Verhältnisse, dafür spricht der
Stampfwille der Arbeiterchaft im Baugewerbe.

Ueber die Feuerungsverhältnisse in der Schweiz geben
folgende Ziffern Aufschluß, die wir einer amtlich anerkannten
Statistik entnehmen. Am 1. Juni 1914 betrug die Indexziffer
Fr. 1000,70, am 1. November 1919 war sie Fr. 2511,88.
Die Preissteigerung für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel,
Kleidung und Wohnung nicht inbegriffen, stellt sich hiermit
auf Fr. 1445,18 oder 145,48 pZt. Seit 1. Juni 1919 ist ein
Rückgang der Teuerung um 7,10 pZt. eingetreten. Der Winter
mild aber eher eine weitere Verteuerung als längst erhoffte
Verbildung gütigen.

Die Konjunktur des Berufes kann für heute als durch-
schnittlich tagiert werden, für das kommende Frühjahr ist
trotz der teuren Baupreise eine rege Bautätigkeit in Sicht.
Die allgemein verbreitete Wohnungsnot zwingt Gemeindefen,
Kantone und Staat zum Bauen, auch private Genossenschaften
tun ein gleiches. Das ist wenigstens ein Hoffnungsstimmer
für bessere Zeiten.

Aus unserm Beruf.

10 Jahre Produktivgenossenschaft im Malergewerbe.

Am 10. Januar 1920 blüht die Malereigenossenschaft, ein-
getragene Genossenschaft m. b. H., in Samnburg auf
10 Jahre ihres Bestehens zurück. In 10 Jahre reger Geschäfts-
tätigkeit haben dazu geführt, daß die Gesellschaft heute zu
den angesehensten Betrieben auf diesem Gebiete zu zählen ist.

Die überaus ungünstigen Berufsverhältnisse damaliger
Zeit, die herrschende Schmutzkonkurrenz und die dadurch
bedingte minderwertige Ausführung der Arbeiten, veran-
lassten einige fachkundige, in die Zukunft blickende Maler-
gehilfen, eine Produktivgenossenschaft zu gründen. Die
Gründung sollte dem Zweck dienen, nicht nur die herr-
schenden Verhältnisse in bezug auf Ausführung der Ar-
beiten zu bessern, sondern auch die Konkurrenz zu veran-
lassen, der Ausführung von Arbeiten eine größere Sorg-
falt angedeihen zu lassen. Wenn die Malereigenossenschaft
heute eine hervorragende Stellung unter den Malerei-
betrieben einnimmt, so ist dieses nicht zum wenigsten der
Vorstandes, des Aufsichtsrats und der Genossen zu ver-
danken, sondern auch auf die inneren Einrichtungen, auf
Zahlung angemessener Löhne, Beachtung der sozialen
Grundregeln und Verwendung besten Materials bei Aus-
führung der Arbeiten zurückzuführen. Die Erschütterungen
des Weltkrieges, wodurch viele Betriebe zur Einstellung ge-
zwungen worden sind, haben es nicht vermocht, die Malerei-
genossenschaft in ihren Grundfesten zu stören. Diese Grund-
festen bestehen vornehmlich darin, daß die gekletterten Ar-
beiten das Vertrauen des Publikums erworben haben, so
daß sich die Gesellschaft einer stetigen Zunahme der Kund-
schaft zu erfreuen hatte. Die Bestrebungen der Malerei-
genossenschaft werden auch in Zukunft darauf gerichtet sein,
daß dies Vertrauen, das durch jahrelangen Fleiß und
Müheerhaltung erworben ist, der Gesellschaft erhalten bleibt.

Dirschau. Am Silvesterabend fand im Vereinslokal
eine außerordentliche Versammlung statt, zu der auch unser
ehemaliges Mitglied, der Kollege Bernh. Theo. Dietrich von
der Malerschule Buztehuber erschienen war. Nach der Er-
ledigung des geschäftlichen Teils gab der Vorsitzende dem
erfahrenen Gast Dietrich das Wort. Dieser besprach zuerst
die gegenwärtige Richtung in der Dekorationsmalerei,
schüderle in kurzen Zügen die Entwicklung des Ornamentals,

ferner gab er ein Bild über den Schöpfung der Malerschule
Buztehuber und über die wissenschaftliche Ausbildung und
Erziehung zu einem leistungsfähigen Berufskollegen. Ueber
die Leistungsfähigkeit und vorzelle Anleitung der geschulten
Kräfte konnte Kollege Dietrich mit sehr vielen Antworten, der
Neuzeit entsprechend, ausworten. Sehr interessant waren die
Studien über Anatomie, Proportion, Perspektiv und Schatten-
lehre. Zum Schluß gab Dietrich noch einen Ueberblick über
Materialienkunde nach Marthales Schöpfung. Der Vorsitzende
sprach hierauf im Namen der Versammlung, die den Aus-
sicherungen des Referenten mit größter Aufmerksamkeit gefolgt
war, den Dank aus.

Die Filiale Braunschweig 1919.

Die langen Kriegsjahre haben ungeheure Werte an
Kultur vernichtet und allen Kulturbewegungen tiefe Wun-
den geschlagen. Viele brave Mitkämpfer kamen nie mehr
zurück aus dem furchtbaren Schlachtgetümmel; viele sind
sich und Krüppel geblieben; viele Klassengenossen schmach-
ten noch in Kriegsgefangenschaft. Man pries ehemals den
Krieg als Kulturfaktor; heute wird es kaum noch Menschen
geben, die den Krieg als Stahlbad betrachten. Wir ge-
denken all der Toten und Krüppel mit Wehmut und der
Gefangenen mit dem Wunsch auf baldige Heimkehr.

Als im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, hatten wir
414 Mitglieder. Am Jahreschluss 1914 verblieben uns
noch 244 Kollegen. Unsere Zahlstellen Wolfenbüttel, Gos-
lar, Helmstedt, Harzburg, Wittingen und Königslutter
gingen ein, da unsere laiträftigen Kollegen zum Militär
mühten.

Im Jahre 1915 sank unsere Mitgliederzahl bis auf
101 herab. Die Jahre 1916 mit 88 und 1917 mit 49 Mit-
glieder fanden uns auf dem niedrigsten Stand. Das Jahr
1918 ließ die Arbeiterschaft so langsam aus der Maschete,
in die sie durch den Krieg versetzt war, erwachen. Die
russische Revolution und der Hunger im Bande Wien
streckte und Umrufen aus. Bei Ausbruch der Revolution
im November 1918 wies unsere Mitgliederliste 67 Mit-
glieder auf. Ende 1918 hatten wir 128 Kollegen in un-
sern Reihen. Diese Zunahme ist zum großen Teil auf
Neuaufnahmen zurückzuführen. In den Betrieben stürzte
man den Organisationszwang ein und setzte es durch, daß
sich alles gewerkschaftlich organisieren mußte. Der Mit-
gliederzuwachs ist nicht nur eine typische Erscheinung
unserer Organisation gewesen. Die Verufe, die nicht
direkt zur Kriegsindustrie gehörten, wurden am stärksten
in Mitleidenschaft gezogen. Das Baugewerbe litt haupt-
sächlich an Materialmangel, weniger daran, daß ein großer
Teil der Arbeiter Soldaten waren.

Dann kam das Hilfsdienstgesetz, das fast alle Arbeiter
in die Front der Kriegsindustrie zwang. Alles, was nicht
Granaten herstellte, nicht für das Heer arbeitete, wurde
als nicht mehr notwendig erachtet. Im Verlauf des
Krieges wurden Gesetze und Verordnungen erlassen, die
jeden Menschen zwangen, für den planmäßigen Menschen-
mord zu arbeiten. Die Kapitalisten machten glänzende
Geschäfte und die Masse des Volkes verlor Körperlich und
in erschreckendem Maße moralisch. Die Gewerkschaften
verlurchten; die Schäden dieses Systems einigermaßen an-
zugleichen. Doch war das sehr schwierig, da man sich in
den Dienst des Krieges gestellt hatte und auf den viel-
genannten „Burgfrieden“ eingegangen war. In jeder Lohn-
forderung sah man einen Bruch des „Burgfriedens“.

Aber alle Maßnahmen verhinderten nicht, daß die
Löhne aufgebessert wurden. Es war dieses eine Natur-
notwendigkeit, wollte man die Arbeiter leistungsfähig er-
halten. Der stets zunehmende Mangel an Lebensmitteln
und Bekleidungsgegenständen begünstigten das preis-
steigernde Wucher- und Schieberhijem.

Im Jahre 1918 fanden die ersten Verhandlungen
und Lohnerböhrungen im Malergewerbe statt.

Die Braunschweiger Malergehilfen hatten bei Kriegs-
ausbruch einen Stundenlohn von 55 M ; wir fanden hinter
andern Städten mit gleichartigen Verhältnissen zurück.
Auch die Arbeiter der übrigen Bauberufe am Ort hatten
höhere Löhne als wir. Das Jahr 1918 brachte uns eine
Teuerungszulage von 6 M pro Stunde, 1917 fand eine
Lohnbewegung unter dem Reichstarifvertrag statt, die
uns 14 M einbrachte. Das Jahr 1918 brachte uns zwei
Lohnbewegungen; wir erhielten im Frühjahr 20 M und
im Herbst 48 M Zulage; dazu kamen 12 M Ausgleichsgeld
für die gesetzlich eingeführte achttündige Arbeitszeit, so
daß vom 15. Dezember 1918 an unser Lohn M 150 be-
tragen hätte, wenn nicht die örtliche Verwaltung versagt
hätte. Unsere Kollegen erhielten durch die Fehler der ört-
lichen Verwaltung 8 Wochen, bis zum 15. Februar 1919,
 M 1,35 Stundenlohn, wurden also während dieser Zeit um
15 M pro Stunde geschädigt. Wir konnten den Lohnsatz
von M 1,50 erst durch mehrfachen Verhandeln im Orts-
tarifamt zur Anerkennung bringen. Wir erhoben Anspruch
auf Nachzahlung, jedoch konnten wir unserer Forderung
keinen Nachdruck verleihen, so daß wir uns mit Zahlung
vom 15. Februar an abfinden mußten. Das Jahr 1919
hat uns enorme Preissteigerungen auf allen Gebieten des
Lebens gebracht. Kein Artikel ist von diesem Symptom
der Geldentwertung verschont geblieben. Auf die Ursachen
wollen wir hier nicht eingehen. Das Sinken der deutschen
Waluia ist zum allergrößten Teil durch den Warenmangel
in der ganzen Welt hervorgerufen. Das haben sich die
Wucherer und Schieber zunutze gemacht und heuten so
die Notlage des Volkes aus. Am härtesten trifft es natür-
lich die Arbeiterklasse, weil die Löhne mit den Preissteige-
rungen nicht Schritt halten.

Unsere Organisationsleitung hat nichts unversucht ge-
lassen, unsere Löhne einigermaßen mit den abnormen
Teuerungszuständen in Einklang zu bringen. Das
laufende Jahr brachte uns 3 Lohnbewegungen. Wir am
Orte erhielten dadurch einen Stundenlohn von M 250;
leicht ist es uns am Orte nicht gewesen, die Vorschläge des
Reichsarbeitsministeriums zur Anerkennung zu bringen.
Wir haben wochen- und monatelang mündlich und schrift-
lich mit den Meistern verhandelt. Die Meistervertreter
beriefen sich bei allen Erörterungen auf die Notlage des
Gewerbes und hatten in dem „unparteiischen“ Vorsitzenden
einen, wenn auch nicht geschickten, so doch willfährigen Se-
kundanten. Der Schlichtungsausschuß mußte in Tätigkeit
treten, auch unser Hauptvorstand wurde um Unterstützung
angegangen, ebenso der Bezirksleiter. Bei allen Verhand-

lungen, die wir im Laufe des Jahres zu führen hatten, machte sich unliebsam die Passivität der Kollegen bemerkbar. Die Arbeiterschaft hat sich einem Fatalismus hingeeben, der alles eher als fördernd auf die Lohnbewegungen wirkte.

Trotz aller Misere, die uns von außen und innen hemmend den Weg bereitete, ist es unserer Organisation gelungen, während der 8 Jahre von 1912 bis 1919 Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von M. 1,95 durchzusetzen. Auch sonst ist die Verwaltung bemüht gewesen, auf allen Gebieten ihre Schuldigkeit zu tun. Die Kollegen mögen nicht vergessen, daß der Krieg fast alle Kollegen, die tätig waren im Interesse der Organisation, herausgerissen hatte; ferner, daß unsere Filiale auf einen Angehörigen verzichten muß. Eine Unmenge Arbeit harret unser noch, um auch unsere Zahlstellen wieder intakt zu bringen. Nur mit vieler Mühe ist es uns gelungen, einzelne Zahlstellen so langsam zum Leben zu bringen. Die Zahlstelle Wolfenbüttel wurde am 1. Mai 1918 stillgelegt; im Ortsgelände ist noch alles still, nur in Goslar rührt es sich wieder. Von Helmstedt wurde uns am Schlusse des Jahres gemeldet, daß sich auch dort eine Anzahl Kollegen gefunden haben, die sich uns anschließen. Ferner haben wir 2 Neugründungen von Zahlstellen zu verzeichnen. Es sind dieses die Orte Schöningen und Holzwinden. Auch dort haben die Kollegen schon Lohnbewegungen geführt.

Ferner waren Schwierigkeiten zu überwinden, um endlich den paritätischen Nacharbeiternachweis ins Leben zu rufen. Die Meister verhielten sich passiv, und erst nach einigem Bemühen gelang es uns, den Vertreter der Arbeitgeber zu einer Besprechung mit uns zu bewegen. Als Leiter des Nacharbeiternachweises ist mit beiderseitigem Einverständnis ein Kollege, der als Beamter im städtischen Arbeitsnachweis tätig ist, bestimmt. In unsern Kollegen liegt es, sich nicht mehr bei den Meistern angubieten, sondern sich an unsern Nacharbeiternachweis zu wenden, dann werden sich die wesentlichen Verbesserungen anstatt des wilden Nacharbeiternachweises auch auf dem Gebiet zeigen. Die Arbeitslosigkeit war während des ganzen Jahres, mit Ausnahme einiger Wochen im November und Dezember, sehr hoch. Wir hoffen, daß uns das nächste Jahr eine bessere Konjunktur bringt. Zu Beginn des Jahres übernahmen wir die Auszahlung der städtischen Erwerbslosenunterstützung; unsere Arbeitslast wurde ja noch größer, jedoch haben wir die Genehmigung, manden Kollegen für die Organisation gewonnen zu haben, den wir sonst erst nach langem Bögern zu uns herübergebracht hätten.

Die Misere unseres Berufes wird durch eine Verschärfung so recht gesteigert. Infolge der Unsicherheit im Arbeitsverhältnis wechseln die Kollegen den Beruf. Nach einer geraumen Zeit treten diese Kollegen dann zu einer anderen Organisation über. Wir haben diese Uebertritte vor allen Dingen bei Kollegen zu verzeichnen, die jahrelang an hervorragender Stelle tätig waren und lange Jahre Mitglied unserer Organisation gewesen sind. Es soll dieses nicht etwa ein Vorwurf sein, sondern lediglich eine Feststellung von Tatsachen.

Eines wollen wir nicht unerwähnt lassen: den Kampf in der Automobilfabrik von G. Hüfing, Braunschweig. Der Kampf, an dem 1600 Arbeiter beteiligt waren, hat länger als ein Vierteljahr gedauert; heute liegen noch 600 Arbeiter auf der Straße. Von unsern Mitgliedern waren es 19, von denen 6 noch heute arbeitslos sind und 5 die Arbeit aufgenommen, bevor der Kampf abgebrochen war.

Wir können es uns nicht verlagern, kurz auf die Ursachen dieser großen Aktion einzugehen, die so lässlich für die Arbeiter ausfiel. Die Firma wollte die Motorarbeit wieder einführen. Die Arbeiter lehnten ab, weil damit eine Verschlechterung des Verdienstes und eine Entlassung von Arbeitskräften verbunden gewesen wäre. Nachdem die Verhandlungen, die zwischen Firma und Arbeiterauschuss gepflogen waren, nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfielen, beschloß man, in passiver Resistenz einzutreten. Die Firma wollte sich diese Maßnahmen nicht gefallen lassen und kündigte den Arbeitern. Es erfolgte die Entlassung sämtlicher Arbeiter. Alle Schlichtungsinstanzen betonten, daß die Arbeiter rechtmäßig und ordnungsgemäß entlassen seien. Selbst das Reichsarbeitsministerium weigerte sich, die inzwischen gefällten Schiedsprüche zugunsten der Arbeiter abzuändern.

Man mag vom Standpunkt der Gewerkschaftsstatistik aus das Vorgehen der Hüfingschen Arbeiter und des Arbeiterauschusses nicht billigen, eines müssen wir beurteilen, daß den Unternehmern trotz gegenteiliger Verordnungen das Recht der Entlassung zugesprochen wird. Da kauft eine Lücke in der Gesetzgebung, die zugunsten der Unternehmer herangezogen werden kann.

Es war ohne Zweifel ein Fehler, die Hüfingschen Arbeiter in den Kampf gegen die Einführung des Motorbetriebes hineinzuziehen, trotzdem ein anderer Grobfehler die Motorarbeit eingeführt hätte und die Arbeiterschaft dieses Betriebes ihre Zustimmung gegeben hätte. Man kann sich nicht einbilden, wenn man nicht benachteiligt werden will. So ist es hier geschehen. Der Kampf war verloren, als er begann, und wurde zum Martyrium für die Beteiligten, je länger er dauerte; anstatt nach Wegen zur Beendigung des Kampfes zu suchen, verfuhrte man, den Preis größer zu ziehen. Nur an der Passivität der Braunschweiger Arbeiterschaft scheiterte diese Aktion.

Es ist ein verheißenes Unternehmen, in dieser Zeit der größten wirtschaftlichen und politischen Reaktion die Arbeitermassen in Kämpfe um Prinzipien und Ideen zu verwickeln. Man verachtet die Kräfte und hat, wenn der Zeitpunkt zur Entscheidungsschlacht da ist, keine Kräfte mehr einzusetzen. Die Lehren, die wir als Gewerkschafter aus dem verlorenen Kampfe ziehen müssen, sind die, daß die alte Gewerkschaftsstatistik erst wagen, dann wagen, auch für die heutige Zeit noch gilt. Mut ist gut, doch läßt sich mit Begeisterungsgeschäften nicht die Besonnenheit erlangen. Es war dieses ein Experiment, auf der Grundlage des Betriebes einen Kampf zum Austrag zu bringen; man erlebte eine Enttäuschung, indem die Gesamtarbeiterschaft taatenlos beiseite stand und somit 1500 Arbeiter im Kampf um Anerkennung eines Prinzipes fast verhungerten.

Trotz aller Widerwärtigkeiten, die sich uns bei unserer Tätigkeit entgegenstellten, haben wir es am Schlusse dieses Jahres auf 330 Mitglieder gebracht. Wir hoffen, im kommenden Jahre alle Kollegen, die uns als Indifferente gegenüberstehen, dem Verband zuzuführen. Auch in unsern Zahlstellen rechnen wir, reiche Tätigkeit zu entfalten. An eine Verbesserung der Lebensweise wagen wir keine Hoffnungen zu knüpfen, ebensowenig ist auf eine Senkung der Preise für den Lebensunterhalt zu rechnen; die Verbesserung unserer Berufsfrage richtet sich ja vor allen Dingen nach den Ansprüchen der Existenz und den Möglichkeiten der Einfuhr von Rohstoffen.

Wenn wir von den Geschmitten der Zeit seit dem Waffenstillstand bis zum Schlusse des Jahres 1919 auf die Zukunft schließen sollen, dann müssen wir unsere Erwartungen sehr niedrig ansetzen.

Für uns gilt es, recht rege für unsere Organisation tätig zu sein. Der Reichsarbeitsvertrag läuft ab. Nach den Schwierigkeiten, die die Arbeitgebervertreter bei den letzten Verhandlungen und bei Durchführung der Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums machten, müssen wir auf harte Kämpfe vorbereitet sein. Die Widerstände der Arbeitgeber lehnen uns, daß wir fest zusammenstehen müssen. Für uns in Braunschweig ist es doppelt notwendig, daß sich alle Kollegen dem Verband anschließen müssen. Haben wir es doch mit einer reaktionären Arbeitgebererschaft zu tun, die alles daransetzt, unsere Lebenshaltung durch Gebrauchsgegenstände der Löhne noch mehr zu verschlechtern. Deshalb, Kollegen, alle ans Werk! Holt alle uns noch fernstehenden Kollegen heran. Mittelst die Lauen und Willensschwachen auf! Nur dann stehen wir gerüstet und können den Kampf um Verbesserung unserer Lebenshaltung mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen. Mit uns der Sieg!

G. S.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften am Jahreschluss. Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ gibt in seinem Jahresrückblick für 1919 über das Anwachsen der Gewerkschaften folgenden Aufschluss: Die deutschen Gewerkschaften können auf das Jahr 1919 mit Verliebigung juristischer. Mit 1,8 Millionen Mitgliedern begannen sie ihren Wiederaufstieg, und am Jahreschluss erreichten sie 7,1 Millionen. Die Entwicklung war geradezu eine stürmische. Bereits Ende Januar war die Mitgliederhöhe der Vortriebszeit von 2,5 Millionen erreicht. Ende Februar überschritten die Gewerkschaften die dritte Million, Ende April die vierte, Mitte Juni die fünfte, Mitte August die sechste Million. Seitdem hat sich der Zugang merklich verlangsamt. Zweifellos können noch mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte für die Gewerkschaften gewonnen werden, auch unter Berücksichtigung eines gewissen Prozentsatzes, den andere Gewerkschaftsgruppen an sich ziehen. Aber dies werden nur in dem Maße organisatorisch, als sich das Wirtschaftslieben wieder erstarzt. Auch die Millionen Arbeitnehmer der Landwirtschaft werden erst nach Jahren den Gewerkschaften zugeführt werden können. Immerhin wurde von Mitte August bis Mitte November, also in drei Monaten, eine weitere, die sechste Million von Mitgliedern hinzugefügt. Noch heute noch befinden sich die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen im Steigen, und wenn es auch langsamer vorwärts geht als in den ersten Quartalen, so dürfen wir doch noch einen weiteren beträchtlichen Zuwachs erwarten. Von den 52 Gewerkschaften zählen 19 über 100 000 Mitglieder; sie vereinen mit insgesamt 6,91 Millionen etwa 82 pSt. der Gesamtmitgliedschaft. Jezt weitere Verbände zählen über 50 000 bis 90 000 Mitglieder. Mit 710 000 Mitgliedern umfassen sie etwa 10 pSt. der Gesamtzahl. Die restlichen 600 000 Mitglieder verteilen sich auf 80 Gewerkschaften, von denen 17 Verbände zwischen je 10 000 und 48 000 und 18 weniger als je 10 000 Mitglieder zählen.

Lebensmittelteuerung. Durch die Bewilligung von Ablieferungsprämien ist von der Reichsregierung der Anstoß zu einer weiteren Verteuerung unserer Lebenshaltung gegeben worden. Es ist selbstverständlich, daß diese beträchtliche Verteuerung nicht auf die Schulter der Arbeitermassen abgeladen werden kann, um so weniger, als bisher schon kein notwendiger Ausgleich zwischen der erhöhten Lebenshaltung und dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten erzielt worden ist. Mit dieser Frage hat sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft in der Weihnachtswoche 1919 beschäftigt und als Ergebnis der Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

Die Reichsregierung hat sich, um die Ernährungs-wirtschaft aufrechtzuerhalten, in Uebereinstimmung mit dem 6. Ausschuss der Nationalversammlung genötigt gesehen, den Landwirten Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln in dem durch die Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgezeichneten Umfang zu gewähren.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die hierdurch hervorgerufene Teuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird. Diese Feststellungen sind ohne Verzug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Ernährer einer Familie stärker als den Alleinlebenden. Die außerordentliche Zulage soll darum nach der Kopfzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden, nicht selbst erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehraufwand zu bestreiten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmen darin überein, daß durch die Uebernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktionskosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!

Und den notwendigen Ausgleich zu schaffen, hat jetzt unbedingt eine beträchtliche höhere Lohnsteigerung zu erfolgen. Die Gewerkschaften werden energisch auf dem Posten sein müssen, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Sozialpolitisches.

Nachrichten für Eins- und Auswanderer.

Brasilien. In einigen Tageszeitungen finden sich Anzeigen, in denen Auswanderer nach dort zu verhältnismäßig günstigen Reisebedingungen gesucht werden. Es fehlt jedoch an jedem Hinweis auf die Pflichten, die die Auswanderer zu übernehmen haben, wo sie angestellt werden sollen usw. Ohne ganz sichere Abmachungen sollte kein Auswanderer auf das Angebot eingehen.

„Kurse für Auswanderer.“ Die Münchner Zweigstelle des Reichswanderungsamts hat allein in 9 Fällen festgestellt, daß es sich bei der Anzeige solcher „Kurse“ um mehr oder minder schwindelhafte oder zweifelhafte Unternehmen handelt. Also Vorsicht ist am Platze gegenüber solchen „Landhäten“.

„Stellungen auf Passagierdampfern“ werden angeboten von Leuten, die keine solchen zu vergeben haben. Auf Anfrage erhalten die Bewerber einen Prospekt zugesandt — unter Nachnahme selbstverständlich! —, mit dem sie absolut nichts anfangen können.

Die Einwanderung nach England ist insofern noch erschwert worden, als die Frist, innerhalb derer kein Angehöriger der Zentralstaaten nach England ohne besondere Erlaubnis einreisen darf, von 2 auf 3 Jahre erhöht wurde und die Aufenthaltsdauer 3 Monate nicht überschreiten darf. Arbeitssuchende sollen überhaupt kein Passivum erhalten.

In Finnland sind die Lebensverhältnisse sehr teuer. Die Verpflegung eines einzelnen Arbeiters stellt sich nicht unter 10 Finnische Mark pro Tag; Wohnungen sind nur zu Wucherpreisen — zumeist nur mit Hilfe von Schiebern — zu haben; die Miete für ein möbliertes Zimmer beträgt pro Monat 150 bis 200 Finnische Mark.

Litauen. Die Staatszugehörigkeit kann nach dem Gesetze über das litauische Bürgerrecht schon von denen erworben werden, die eine ständige Beschäftigung haben, so daß sie sich und ihre Familie ernähren können, falls sie nicht mit Gefängnis bestraft sind.

In Mexiko liegen die Verhältnisse noch immer geradezu trostlos; es mangelt an jeder Sicherheit für Leben und Eigentum. Jede Bahnreise von einem Orte zum andern ist mit unmittelbarer Lebensgefahr verbunden. Für Unbemittelte ist das Land eine „offene Grabkammer“.

Nach Argentinien sind in den letzten Monaten über 100 Mitglieder eines Ansiedlungsvereins ausgewandert im Vertrauen auf die Gütigkeit des oft genannten „Selbstfaktensgesetzes“. Da dasselbe in Wahrheit noch immer nicht besteht, so sind die Leute in Buenos Aires in die größte Not geraten.

In Uruguay haben nur Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Dienstpersonal gehen wollen, Aussicht auf Beschäftigung, in einzelnen Fällen auch Gärtner, Metzger, Viehzüchter.

Die Auswanderung nach Venezuela ist nicht zu empfehlen, da seitens der dortigen Regierung gar nichts geschieht, um den Einwandernden das Leben zu erleichtern. Platz für Ansiedler ist wohl vorhanden, jedoch sind sehr viel Vorarbeiten nötig: Sinausendung von Sachverständigen, Bereitstellung der Parzellen und anderes, so daß noch geraume Zeit vergehen kann, ehe praktisch an die Einwanderung gedacht werden kann.

Der Australische Bund schiebt die Deutschen ab, die bisher in Australien gewohnt haben. Mehr als 1000 solcher hatten um die Staatsbürgerschaft nachgesucht, dorthinbleiben zu dürfen, die meisten wurden jedoch ablehnend beschieden.

Zweigstellen des Reichswanderungsamts wurden errichtet: In Breslau II, Kaiser-Wilhelm-Platz 20, Essen a. d. R., Vorstraße, Ecke Schaderhoffstraße; in Singen a. d. Rh. eine solche bei der Reichsfürsorgestelle für entlassene Wehrleute aus der Schweiz.

Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine im neuen Jahre. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat im letzten Jahre manche bittere und gefährliche Stunde durchlebt; nicht selten schien es, als wenn auch sie rettungslos dem blinden Schicksal überantwortet werden solle, das unser Land zu verderben droht. Aber die jähre, zielbewusste und die Kunst des Möglichen übende Arbeit ihrer Anhänger hat ihr bisher glücklich über alle Fährlichkeiten hinweggeholfen; im allgemeinen Niedergange zeigt sie eine fortschreitende Entwicklung, die wir auf unser gesamtes Wirtschaftslieben übertragen sehen möchten. Das war nur möglich, weil jeder, der an verantwortlichem Posten stand, im vollen Bewusstsein seiner Verantwortlichkeit sein Bestes hergab, sich keine Mühe verdrießen ließ und arbeitete mit Lust zur Arbeit und in der Erkenntnis des Zukunftswertes seiner Arbeit. Diese Genossenschaftsarbeit im begrenzten Raum ist Arbeit für die große Genossenschaft des Volksganges. Je weitere Kreise sich an ihr freudig beteiligen, desto größer der Segen für die Allgemeinheit. Wir glauben, die Entscheidung, vor der Deutschland im neuen Jahre steht, nicht wirkungsvoller und günstiger beeinflussen zu können, indem wir alle Freunde bitten, mit verdoppeltem Eifer und Nachdruck für die Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens einzutreten. Er ist das wertvollste Erbilich der deutschen Volkfamilie, dessen rechte Würdigung und Wertung den künftigen Geschlechtern wieder ein wohlthätiges Heim schaffen wird. Wir meinen, daß diese Aussicht uns den Aufenthalt im weniger wohlthätigen merklich erträglicher gestalten könnte.

Vom Ausland.

Der deutschösterreichische Gewerkschaftskongress, der vom 30. November bis 4. Dezember in Wien tagte, war von 64 Gewerkschaften mit 682000 Mitgliedern durch 361 Delegierte vertreten. Außerdem waren Gäste aus Holland, Deutschland, Böhmen und Ungarn anwesend. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Hueber von der Gewerkschaftskommission war zu entnehmen, daß der Gesamtvermögensbestand der Gewerkschaften Ende 1918 18,7 Millionen Kronen betrug. Am gleichen Zeitpunkt umfaßte die Gewerkschaftspressse 48 deutsche, 29 tschechische, 1 polnische und 1 slowenische Fachblatt. Die fremdsprachlichen Fachblätter sind inzwischen

von den neuerrichteten Gewerkschaftsverbänden übernommen. In Tschechoslowakei ist eine deutschösterreichische Sondergruppe entstanden, die sich der tschechischen Landesorganisation nicht anschließt. Ueber den „Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation“ hielt Hueber ein instruktives Referat, worauf das neu durchgearbeitete Statut zur Annahme gelangte. Hierauf referierte Grünwald über: „Sozialpolitik und Sozialversicherung“. Die hierzu beschlossene Resolution verlangt einheitliches Arbeiterrecht, obligatorische Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung, Bestimmung von sozialpolitischen Ausschüssen bei den deutschösterreichischen Volkswirtschaften, Gewerkschaften und Montanbetrieben, und wirksamen Schutz der deutschösterreichischen Arbeiter im Ausland. Ueber „Verleumdung“ referierte Dr. Domes und über den „Aufbau der Gewerkschaft“ Dr. Ellenbogen. In der zu beiden Referaten beschlossenen Resolution wird den Betriebsräten als Aufgabenbereich zugeordnet, die Einhaltung der Tarifverträge und der Vorschriften über Hygiene und Unfallschutz zu überwachen, bei der Festsetzung der Löhne usw. mitzuwirken, das Recht von Unternehmern zu verlangen, gemeinsame Beratungen über die technische Betriebsführung zu pflegen; ferner sollen die Betriebsräte Einsicht nehmen in die Bilanzen, und Sitz und Stimme haben in den Verwaltungsgremien bei Aktien-gesellschaften, größeren Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sowie in gemeinwirtschaftlichen Anstalten und Gesellschaften mit gemeinwirtschaftlichem Charakter. Die Gewerkschaften sollen auch durch Vorträge, Einrichtung von Betriebsräten, Schulen, Belehrung in der Fachpresse und durch Betriebsrätekonferenzen zur Aus- und Weiterbildung der Betriebsräte für die ihnen zugewiesenen Aufgaben sorgen. Es werden dann weiter verlangt: Einigungsämter und Arbeiterkammern. Im zweiten Teil der Resolution wird an der Forderung festgehalten, den Anschluß Deutschösterreichs an die Deutsche Republik zu erwirken. Die Arbeiter werden verpflichtet, am Wiederaufbau der Volkswirtschaft mit ganzer Kraft mitzuwirken; die Gewerkschaften aber haben dafür einzutreten, daß den Arbeitern ein ausreichender Lohn wird. Zur Hebung der Valuta wird unter anderem eine tiefgreifende Vermögensabgabe verlangt. Das Referat über „Ernährung der Arbeiter“ brachte erschütternde Bilder von der österreichischen Lebensmittelnot. In der zur Annahme gelangten Resolution verlangt der Kongress von der Entente eine Hilfsaktion, von der österreichischen Bauernschaft volle Einhaltung der Ablieferungsverpflichtung. Außerdem begrüßt die Resolution die von Deutschland befundene Hilfsbereitschaft. Mit Ausnahme der Genossen Naber und Müller, für die Witzel und Wessely eintreten, wurde die bisherige Gewerkschaftskommission wiedergewählt.

Verschiedenes.

Ein künstlerischer Berater für die Reichsbehörden. Im Reichsministerium des Innern hat die Reichsregierung ein Amt für die künstlerische Beratung des Reichs geschaffen und es Dr. Edwin Hebslob, dem Direktor der staatlichen Kunstsammlungen von Württemberg übertragen. Die Geschäftsleitung in Berlin wird Architekt Otto Bauer übernehmen. — Wie notwendig eine verantwortliche amtliche Stelle ist, die den Reichsbehörden in künstlerischen Fragen beratend zur Seite steht, hat, neben vielem andern in Vergangenheit und Gegenwart, erst wieder der Fall der Nationalversammlungsbriefmarken bewiesen.

Was ist die Mark wert? Dr. A. Kucynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, schreibt in seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ über die Frage, was die Mark wert sei: „Die Antwort erscheint sehr einfach: Jeht Pfennig! Denn 100 Mark kosten in Schweden 10 Kronen, in England 11 Schilling, in Amerika 2 1/2 Dollar. Aber ist die Mark auch im Inland nur 10 1/2 wert? Diese Frage ist weit schwerer zu beantworten. Soweit eingeführte Waren in Betracht kommen, wird man jetzt für M. 1 viel weniger erhalten als früher für 10 1/2; denn auch im Ausland ist alles teurer geworden. Und selbst beim Kauf von einzelnen heimischen Waren, wie Geflügel, Fiegen, Eier, Wäsche usw., reicht man heute mit M. 100 längst nicht so weit wie früher mit M. 10. Aber die Gegenbeispiele sind doch erheblich zahlreicher. Vielesach bekommt man für M. 1 noch ebensoviel wie früher für 25, 30, 35 1/2. Nach längeren Darlegungen kommt Dr. Kucynski zu dem Ergebnis, daß bei der Ernährung des großstädtischen Arbeiters die Mark heute nicht weiter reicht als früher 15 1/2. Im verstärkten Maße gilt das für die Kleidung. Denn ein nur siebenmal so teures Kleidungsstück hält heute nur halb so lange wie vor dem Kriege, und der Arbeiter ist nicht in der gleichen Lage wie der Wohlhabende, der mit mehr und dauerhafteren Kleidungsstücken in den Krieg

gegangen und mithin weniger zu Neuanschaffungen gezwungen ist.“ — Aufgabe der Gewerkschaften ist es, nicht zu ruhen, bis der Reallohn sich den Preisverhältnissen halbwegs wieder anpaßt.

Fachtechnisches.

Buchstabenpausen. Unsere Kollegen haben gewiß schon im Annonciell von dieser neuen Technik des Herrn Albin Gutmacher in Hildesheim (Niedersachsen) gelesen. Herr Gutmacher hat und einige Proben von seinen Buchstabenpausen zur Herstellung von Plakatalmalereien aller Art und zur Anfertigung von Brillantglasplakatalmalereien gesandt und mit Genugtuung können wir feststellen, daß sowohl diese Buchstabenpausen bei verschiedenen Schriftarten, die in großen und kleinen Buchstaben in verschiedenen Höhen hergestellt sind, als auch die Zahlen, Zeichen und Verzierungsmuster als gut geeignete Hilfsmittel beim Schildermalen zu verwenden sind. Hauptächlich wird das zutreffen für Kollegen in den Mittel- und Kleinstädten, wo keine speziellen Schildermaler vorhanden sind, und die alle vorfindenden Arbeiten zu leisten haben. Hervorzuheben ist besonders, daß die Buchstabenpausen leicht zu schneiden sind und auf die Leinwand bei allen Schriftarten das größte Gewicht gelegt werden kann; auch die Anfertigung der Brillantglas-schilder ist sehr einfach, wie aus der Anweisung hervorgeht. Wir können deshalb allen Interessenten die Anschaffung empfehlen, zumal der Preis der einzelnen Serien ein angemessener ist.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist Nr. 49 erschienen. Der Leitartikel von Dr. Olga Essig: „Die neuen Frauenberufsschulen“, bringt Vorschläge zur Reorganisation des Fortbildungswesens. Karl Kerner behandelt die Ausbildung des Krankenpflegers, Masseurin und Badepersonals. Im Feuilleton schreibt Anna Bloß, M. d. R., weiter an ihrer historischen Artikelserie: „Frauengestalten des 19. Jahrhunderts“. Das Thema ist: Malvina von Meynsburg. Diese Nummer enthält auch wieder die Beilage „Für unsere Kinder“.

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Südekum. Redaktion: Berlin-Friedenau, Ringstr. 88, Portal II. Aus dem Inhalt: G. Winkelmann: Zur Verwaltungsreform in Polen; Ausgaben der staatlichen Polizei-Distriktskommissare. R. Wille: Zentralisierung und Kommunalisierung des Versicherungswesens in Groß-Berlin. H. Kunds: Sozialisierung der Arzneiverforgung. Dr. Schroeder: Gleitende Lohnskala.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zu Berlin ist der **Arbeiter-Kalender für 1920** erschienen. Immer hat dieser Kalender es für seine Aufgabe angesehen, dem Arbeiter, den er ein Jahr lang täglich begleitet, ein nützlicher Freund zu sein, nicht nur als Werkbuch, sondern auch als geistiger Berater. Mithelfen will er, daß der Arbeiter sich für sein verantwortungsvolles Amt im öffentlichen Leben rüstet. Dr. Max Duarck hat einen Grundriß des Inhalts des neuen Reichsverfassung herausgearbeitet und Dr. Georg Flator entwickelt einen Überblick über die Bestimmungen des neuen Arbeiterrechts, das mit der Revolution verbunden. Der Bericht über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung faßt die Leistungen des Krieges und Kriegsausganges zusammen und führt bis zum neuen gewaltigen Aufschwung der Mitgliederzahlen der Organisationen. Dem im neuen Jahre zu feiernden 100. Geburtstag von Friedrich Engels ist Bild und Wort gewidmet. Ein reiches Adressenmaterial vermittelt Antwort auf viele Fragen, die sich dem organisierten Arbeiter in der Mitarbeit im Partei- und Gewerkschaftsleben aufdrängen. So ist der Kalender auch diesmal für jeden Genossen ein unentbehrliches Taschenbuch. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts hat für eine gute äußere Ausstattung gesorgt. Der Preis beträgt ohne Steuerzuschlag M. 3,50.

„Die Technische Messe“, bisher Beilage der „Leipziger Mustermesse“, erscheint seit Beginn dieses Jahres als Halbmonatsschrift. Die zeitliche Abtrennung der Technischen Messe (14. bis 20. März) von der Allgemeinen Mustermesse (29. Februar bis 6. März) hat den Aufgabenbereich des Blattes so bedeutend erweitert, daß es nunmehr zum zweiten selbständigen Organ des Leipziger Messamts geworden ist.

Vereinstitell.

Bekanntmachung.

Der Vorstand bittet, den monatlich auszufüllenden Statistikkarten über den Mitgliederstand und die Arbeitslosigkeit die nötige Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß die beantworteten Karten spätestens am 5. jedes Monats in Hamburg sind.

Für Monat Dezember 1919 haben nicht rechtzeitig folgende Filialen berichtet: Berlin, Finsterwalde, Frankfurt a. d. Oder, Gleiwitz, Graudenz, Guben,irschberg, Sondershausen, Pögnitz, Billa, Cappel, Wrenslau, Sagan, Teltow, Tilsit, Saarbrücken, Trier, Wilhelmshaven, Wolfenbüttel, Wittenberg, Beverungen, Crefeld, Dorimund, Düsseldorf, Gamm, Südenscheid, Münster, Deynhäusen, Dödinghausen, Solingen, Elfenberg, Vera, Plauen, Weida, Kaiserlautern, Neustadt a. d. Haardt, Bayreuth, Ingolstadt, München, Passau und Schweinfurt.

Für einige Filialen aus dem besetzten Gebiet mag die Eäumigkeit zu entschuldigen sein, alle übrigen sollten aber in Zukunft dazu beitragen, daß das wertvolle Material, das unsere monatliche Erhebung uns bietet, nicht durch Säumigkeit entwertet wird. Der Verbandsvorstand.

Bericht der Hauptkasse für den Monat Dezember.

Eingekandt haben: Aachen M. 1840, Aalen 178,10, Antlam 841,40, Apolda 306,20, Augsburg 1000, Utschaffenburg 200, Bamberg 850, Berlin 17 520, Bernburg 800, Beuthen 200, Bielefeld 1870, Bochum 901,82, Braunschweig 1981,85, Bremen 1800, Bremerhaven 2100, Breslau 4200, Bromberg 500,80, Cassel 2850, Celle 200, Chemnitz 8000, Coblenz 900, Coburg 350, Elm 8000, Gotha 300, Crefeld 1800, Cuxhaven 107,10, Danzig 3000, Darmstadt 1280, Dresden 22 000, Duisburg 1800, Düren 250, Düsseldorf 8500, Effenach 400, Eibfeld 8500, Erfurt 900, Eschwege 753,20, Essen 8000, Flensburg 600, Frankfurt a. M. 17 000, Frankfurt a. d. O. 900, Freiburg 850, Friedberg 500, Füssenwalde 188,20, Gera 500, Gießen 500, Ghrifitz 2000, Gotha 2000, Göttingen 350, Grlinberg 400, Gagen 1800, Habersleben 811,80, Halberstadt 500, Halle 2400, Hameln 400, Hamburg 6000, Hannover 4700, Heilbronn 1122,90, Heilberg 1850, Herford 300, Hildesheim 827,90, Hirschberg 250, Hof 200, Jena 200, Karlsruhe 1404,75, Kattowitz 400, Kempten 200, Kiel 4450, Kolberg 280, Königsberg 1800, Konigsberg 450, Landsberg 788,80, Landeshut 200, Leipzig 6000, Pögnitz 800, Lindau 100, Lörrach 150, Lübeck 1000, Lützenwalde 200, Lüdenscheid 300, Lüneburg 100, Magdeburg 1800, Mainz 8000, Mannheim 5500, Marburg 550, Meerssen 581,80, Meile 870, München 8000, Münster 788,85, Nahe 180, Neumünster 250, Neustadt 300, Neuwied 400, Nordhausen 1250, Nürnberg 8000, Oberlein 250, Oeynhäusen 200, Osnabrück 250, Pirzheim 500, Potsdam 420, Prenzlau 260, Ratibonow 200, Regensburg 700, Rosdorf 980, Schleswig 100, Schneidemühl 200, Schwabfisch-Gmünd 400,10, Schweinfurt 458,85, Schwerin 259,85, Senftenberg 367,80, Siegen 450, Singen 213,90, Sorau 280, Spandau 840, Spremberg 180,87, Stralsund 300, Stolp 500, Swinemünde 286,80, Thorn 600, Trier 320, Weida 140,72, Weiden 186,70, Weimar 300, Werdau 400, Wiesbaden 7000, Wilhelmshaven 1800, Wismar 450, Würzburg 1800, Wittenbergs 210, Zwickau 650.

Sterbetafel.

Berlin. Am 29. Dezember 1919 starb der Kollege Wilhelm Liebenow, geboren am 28. September 1876 in Stöglitz, Bochum. Am 31. Dezember starb infolge Unfallsalles unser Kollege B. Kreuzheide im Alter von 51 Jahren. Hamburg. Im Dezember sind gestorben die Mitglieder Jacob Keleris, 50 Jahre alt, und Carl Wigand, 61 Jahre alt. Weiskensfeld. Am 13. Dezember starb der Kollege Eduard Löber im Alter von 58 Jahren an Lungenerweiterung. Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 18. bis 24. Januar 1920 ist die 3. Beitragswoche.

In der Filiale Berlin ist die Stelle eines

Sekretärs

zu belegen. Bewerberinnen schreiben mit kurzem Aufsatz über die Tätigkeit eines Sekretärs bis zum 2. Februar an die Ortsverwaltung Berlin einzureichen. Aufstellungsbedingungen sind fünfjährige politische und gewerkschaftliche Mitgliedschaft sowie Kenntnis der Organisation und der örtlichen Verhältnisse.

Ortsverwaltung der Filiale des Verbandes der Maler, Latzinger, Rantzschstr. 23, Berlin, Friedrichstr. 23.

Streichbürsten Pinzel aller Art

in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert
H. W. Witte, Berlin S 59, Friedrichstr. 2.

Malerschule Boxhude

gegr. 1877.
Kriegsbeschädigten-Kurse.
Größte Schule für Dekorationsmaler!
Goldene Medaillen u. Ehrenpreise.
Prospekt durch die Direktion.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter oder nicht, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatalmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatalmalereien aller Art zusehen läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatalmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatalmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 8 verschiedenen Höhen von 1/2 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungsmuster in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallglas in Werte von mehr als 5,50, einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur M. 14 gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von M. 15 Frankozahlung. Albin Gutmacher, Maler, Hildesheim/Niedersachsen.

Neu! Serie 9. **GROHMANN** Serie 9. Neu!
82 Tafeln, bunte, farbige Vorkolorierung M. 30 geg. Nachnahme. Blumenriele, tapetenartige gebedte Wandmuster, Federn, Ähren, Entree, Treppenhäuser, Interieurs für Möbel, Pinsel, Bürsten, Messilien.
Paul Grohmann, G. m. b. H., Schablonenfabrik, Dresden-A. 16, Röhrenstraße 38.

Gesucht werden an allen Orten Deutschlands Kollegen, die sich **lohnenden Nebenverdienst** verschaffen wollen durch kostengünstige Übernahme ein. Verträge. Antragsunter Angabe genauer Adresse an Kollegen Josef Weber, Rürnberg, Zirkelstraße 4, II. **Wiederliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Malergeschäft durch Fernunterricht ohne Berufskörung. Probezeit frei. Erfolgs garantiert.** Franz Wenzel, Leipzig-Güteritz. Nr. 1 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

Klebende Anstriche härtet

man am besten mit

Kronengrund!

Lesen Sie das Handbuch „Neue ölfreie Grundieretechnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis M. 3,85 postfrei. Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Strasse 1, oder Paul Jaeger, Lehr- und Versuchsanstalt für ölfreie Grundieretechnik, Stuttgart, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.